



WEITERSTADT
wirken wohnen wachsen



Workshop, Freitag 11.Nov. 2016 von 9 – 11 Uhr

Alle bis 14.30 Uhr: Hessisches Ganztagsschulmodell in
der Bildungslandschaft Weiterstadt

„Das Weiterstädter Modell“

Gerhard Kraft, Schloss-Schule in Weiterstadt-Gräfenhausen

Dr. Walter Schnitzspan, Bildungsbeirat der Stadt Weiterstadt

Beitrag zum

Bundeskongress des Ganztagsschulverbandes e.V

9. bis 11. November 2016 in Essen

Alle bis 14.30 Uhr: Hessisches Ganztagsschulmodell in der Bildungslandschaft Weiterstadt

Von Beginn an bis ins aktuell 4. Jahr zeigt sich bei Lehrkräften, Eltern und Schüler/innen eine hohe Zufriedenheit mit einer Grundschule, die täglich bis 14.30 Uhr verbindlich für alle ist. Im rhythmisierten Tag gibt es zusätzliche Lernzeiten – traditionelle Hausaufgaben werden nicht gestellt. Die Ressourcen kommen vom Kultusministerium, vom Landkreis (Schulträger) und der Stadt Weiterstadt. Wir meinen: So könnte und sollte es in allen Grundschulen gehen - und es ist auch für weiterführende Schulen machbar. Wir sagen: Geht doch!

Material aus der Bildungslandschaft

1. Bildungsgesamtplan 2016 der Stadt Weiterstadt – Vorwort & Paradigmenwechsel
2. Position zur Ganztagsschule
3. Evaluation 2014 & 2015
4. Ganztagsschule für alle bis 14:30 Uhr – elternbund hessen, Elternbrief Sept 2016
5. Informationen zur Schloss-Schule
6. PDF-Datei zum Vortrag:
www.schloss-schule-graefenhausen.de → Unser Ganztag → unser Konzept → Material

Kontaktadressen:

Gerhard Kraft, Schloss-Schule in Weiterstadt-Gräfenhausen g.kraft@schulen.ladadi.de

Dr. Walter Schnitzspan, Bildungsbeirat der Stadt Weiterstadt schnitzspan@t-online.de

1. 1 Vorwort Bildungsgesamtplan 2016

Worum geht es dem Bildungsbeirat der Stadt Weiterstadt

1. **Bildungsgerechtigkeit** als Verbesserung der Chancen auf Teilhabe
2. **Lebensweltbezug** – die Bildungs-Angebote müssen sich an den Lebenswelten orientieren –und nicht umgekehrt
3. **Individualisierung des Lernens**, verstanden als Begleitung der einzelnen Bildungsbiographien

Und hierbei gilt folgende Maxime: Es ist nur eine Sache teurer als Geld für Bildung auszugeben und das wäre kein Geld für Bildung auszugeben.

In der Lebenswirklichkeit der Kinder kennt Bildung keine formalen **Zuständigkeiten**. Sie können nicht begreifen, dass der Bildungsauftrag ab ihrer Geburt bis zur Grundschule zunächst bei der Stadt liegt, aber ab der Grundschule das Land und der Kreis in der Verantwortung stehen. Umso wichtiger ist es daher, innerhalb Weiterstadts die einzelnen Bildungseinrichtungen zuständigkeitsübergreifend zu vernetzen und mit ihnen zusammen Zielvorstellungen festzusetzen, damit sie sich in eine gemeinsame Richtung entwickeln und unsere Kinder eine bestmögliche Bildungslandschaft vor Ort vorfinden.

Die Stadt Weiterstadt hat bereits früh erkannt, dass Bildung ein harter Standortfaktor ist. Aus anfänglich im Parlament stark diskutierten einmaligen 12.000 Euro für Schulsozialarbeit wurden Bildungsinvestitionen in die Bildungslandschaft in Millionenhöhe.

Gerade in den letzten Jahren sind einige weitere Meilensteine gesetzt worden:

- Der Abschluss der Modellerprobung des Projektes Kita 2020 – Umbau der Kitas zu Familienzentren
- Die weitere Ausgestaltung der Ganztagschulentwicklung insbesondere in den Grundschulen mit dem Konzept „Gebundene Ganztagschule bis 14.30“
- Der Abschluss einer unbefristeten Rahmenvereinbarung zur Kooperation von Schule und Jugendhilfe zwischen der Stadt Weiterstadt und den ortsansässigen Schulen
- Die Anpassung der Strukturen des Bildungsbeirates an die wachsenden Erfordernisse der Bildungslandschaft
- Die Umsetzung des Stadtverordnetenbeschlusses zur Konstituierung eines „Kommunalen Kompetenzzentrums“

Für die Umsetzung des Mottos der Bildungslandschaft Weiterstadt:

TOP-DOWN Strukturen schaffen,

die BOTTOM-UP-Prozesse erleichtern, unterstützen und ermöglichen

ist das gelungene Miteinander der verschiedenen Ebenen entscheidend. Dies sind

- Die **operative** Ebene, d.h. die Erzieherinnen, Sozialpädagogen, Lehrerinnen vor Ort
- Die **strategische**, d.h. die aktiven Menschen im Bildungsbeirat
- Die **Entscheider**-Ebene – mit Stadtverordnetenversammlung, Magistrat und Bürgermeister

1.2 Paradigmenwechsel – In vernetzten Systemen Denken und Handeln

*Das Bildungswesen nimmt eine Schlüsselrolle für die **individuelle Entwicklung**, für **gesellschaftliche Teilhabe** sowie für das **berufliche Fortkommen** des Einzelnen, aber auch für den wirtschaftlichen Erfolg und den sozialen Zusammenhalt eines Landes ein.*

Damit bleibt die Herausforderung, die Bildungsqualität insgesamt zu erhöhen und gleichzeitig die Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler zu verbessern, als zentrale Aufgabe für eine zukunftsweisende Bildungspolitik bestehen.

(Beschluss der 350. Kultusministerkonferenz vom 11.06.2015)

Das im Rahmen des Projektes Lebenswelt Schule vor acht Jahren entwickelte Leitbild war stark geprägt von der Diskussion um einen Bildungsbegriff, der das Kind in den Mittelpunkt stellte und ausgehend davon Orientierungen formulierte, wie ein subjektbezogenes Lernkonzept umgesetzt werden könnte.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Bildungslandschaft Weiterstadt und der Ausdifferenzierungen ihrer Strukturen und Steuerungsinstrumente rückten Fragen der Bedeutung eines lokalen Systems von Bildung für eine gelingende individuelle Förderung von Kinder und Jugendlichen stärker in den Mittelpunkt. Die Reform des Bildungsbeirates und seiner Kommunikations- und Steuerungsstrukturen war eine Reaktion auf diese Entwicklung.

Nunmehr ist es aber Aufgabe, auch die gemeinsame **konzeptionelle** Grundlage des Handelns aller Bildungsakteure vor dem Hintergrund dieser Veränderungen neu zu diskutieren und in einem erweiterten neuen Leitbild der Bildungslandschaft Weiterstadt festzuschreiben.

Dies entspricht auch den von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) und Prof. Schubert (FH Köln) formulierten Erkenntnissen aus dem Projekt Lebenswelt Schule, das u.a. sehr stark die Erfahrungen des Prozesses in Weiterstadt aufnimmt und im inhaltlichen Kern zu folgenden zentralen Forderungen kommt (1).

1. Chancen auf Teilhabe verbessern (2)
2. Bildungsangebote an Lebenswelten orientieren und
3. Individuelle Bildungsbiografien begleiten

Die Kernfrage hierbei wird sein, ob es uns gelingt in der Bildungslandschaft allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gute Lebenschancen zu eröffnen, herkunftsbedingte Benachteiligungen zu verringern und eine aktive Mitgestaltung zu ermöglichen.

Der OECD-Bericht (3) von 2016, die aktuelle Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung (4) und der 5. bzw. 6. Nationale Bildungsbericht (6) attestieren Fortschritte: So ist u.a. die Bildungsungerechtigkeit unter den Schülern deutlich zurückgegangen und bei frühkindlicher und beruflicher Bildung sowie dem Einstieg in den Arbeitsmarkt wird Vieles richtig gemacht. Offenbar haben sich die Anstrengungen nicht nur in der Weiterstädter Bildungslandschaft - seit dem PISA-Schock 2000 doch gelohnt.

Speziell die im 5. Bildungsbericht 2014 formulierten Handlungsfelder, wie Qualitätssicherung der frühkindlichen Bildung, Weiterentwicklung der Ganztagsangebote, Organisation des Übergangs von allgemeinbildender Schule zur Berufsausbildung, Schaffung eines inklusiven Bildungssystems finden sich bereits in den Weiterstädter Bildungsgesamtplänen 2006-2010 und 2011-2015.

Allerdings liegt Deutschland bei den Bildungsausgaben weiterhin unter dem Durchschnitt der OECD-Länder und es die Autoren sehen Nachholbedarf im Bereich der frühkindlichen Bildung, gerade für Bildungsschwache, und einen erhöhten Bedarf an Ganztagsangeboten.

Der Bildungserfolg ist jedoch auch 2016 von der sozialen Herkunft der Familie abhängig; im OECD-Ranking hat Deutschland jetzt nicht mehr einen der schlechtesten Werte, sondern liegt im Mittelfeld - durchaus ein Fortschritt, aber noch kein Grund zur Zufriedenheit.

Der Abbau von Ungerechtigkeit meint aber nicht nur den Ausgleich der Bildungschancen zwischen Arm und Reich, sondern entgegenet auch der Ausgrenzung von Kindern mit anderer Herkunft, Religion oder körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung.

Ein Mehr an Teilhabe beinhaltet neben einem inklusiven Gesellschaftsbild auch den Blick auf Vielfalt der Lebensformen oder des geschlechtlichen Ausdrucks. Über den individuellen Blick auf das Kind und seine Bezugsfamilie wird ein Blick notwendig auf das, was die Institutionen und die bürgerschaftlichen Gremien, z.B. in den Stadtteilen, systematisch verändern können.

In der Diskussion innerhalb des Bildungsbeirates besteht Übereinstimmung, dass die Aussagen des „alten“ Leitbildes weiterhin Gültigkeit haben sollen. Darüber hinaus müssen erweiterte neue Orientierungen hinzukommen, die einen Schlüssel zu einer positiven individuellen Entwicklung, für eine realisierte gesellschaftliche Teilhabe sowie für das berufliche Fortkommen des Einzelnen darstellen.

Zu diesen Dimensionen einer zukunftsorientierten Bildungspolitik gehören im Einzelnen:

- Individuelle Förderung (einschließlich dem Recht auf körperliche Unversehrtheit und Gesundheit)
- Lebensweltorientierung
- Sozialraumorientierung (was auch die Stadtteilorientierung beinhaltet)
- Erziehungspartnerschaften
- Inklusion
- Chance auf Teilhabe (was auch die Armutsprävention einschließt)
- Partizipation
- Lernende Organisationen
- Diversität (Anerkennung von Unterschiedlichkeiten, kulturelle Vielfalt)

In diesem Sinne sollen die nächsten 5 Jahre genutzt werden ein neues, erweitertes Leitbild Bildungslandschaft Weiterstadt zu diskutieren und festzuschreiben, das den hier genannten Anforderungen gerecht wird und eine zukunftsfähige Handlungsorientierung für alle Akteure der Weiterstädter Bildungslandschaft darstellt, an der sie sich auch gleichermaßen messen lassen müssen.

(1) Lernende Bildungslandschaften- Qualitätsentwicklung Schritt für Schritt; Deutsche Kinder- und Jugendstiftung/ Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert (Hrsg.)

(2) Teilhabe wird hier verstanden als umfassende gesellschaftliche Partizipation (politisch, sozial, kulturell und ökonomisch). Das Bildungssystem spielt eine erhebliche Rolle dabei, welche Teilhabechancen ein Mensch erreichen kann (zitiert nach (1), S. 19)

(3) OECD-Bericht: www.oecd.org/berlin/publikationen/bildung-auf-einen-blick.htm

(4) Christina Anger, Anja Katrin Orth: Bildungsgerechtigkeit in Deutschland ; Konrad- Adenauer-Studie

(5) Zitiert nach Thomas Kerstan in Die Zeit vom 2.6.2016, S.62

(6) www.bildungsbericht.de/de/nationaler-bildungsbericht

2. Position zur Ganztagsschule

Argumente für eine Veränderung der Richtlinie für ganztägig arbeitende Schulen in Hessen nach §15 Hessisches Schulgesetz.

1. Worum es geht

Der Ganztagsschulbereich hat in Hessen in den letzten Jahren vor allem auch im Grundschulbereich

eine sehr positive Entwicklung genommen. Zahlreiche Grundschulen konnten in das Landesprogramm aufgenommen werden und arbeiten gemäß der Richtlinie für ganztägig arbeitende Schulen in Hessen im Profil 1, einige im Profil 2, sehr wenige im Profil 3.

Mit dem seit 2011 gültigen Qualitätsrahmen für die Profile ganztägig arbeitender Schulen wurden Standards gesetzt und die Verknüpfung der Vormittagsgrundschule mit der bislang vorherrschenden reinen Nachmittagsbetreuung geriet stärker in den Fokus und damit an vielen Schulen auch die Idee der **rhythmisierten Ganztagsgrundschule mit integriertem Lernkonzept**, das kognitives, soziales und kulturelles Lernen verknüpft und die von allen Kindern verbindlich auch am Nachmittag besucht wird.

Für eine Verlängerung der Verweilzeit der Grundschul Kinder in der Schule gibt es im Kern drei Begründungsstränge.

Sozial- und wirtschaftspolitische Gründe:

Die aktuellen Familien- und Erwerbsstrukturen sind immer schwerer mit den Bedingungen der alten Halbtagsgrundschule zu vereinbaren. Durch eine Erweiterung der Schul- bzw. Betreuungszeit erfahren die Familien nicht nur eine dringend benötigte zeitliche, sondern auch eine inhaltliche Entlastung (Hausaufgaben werden in der Schule erledigt). Nachmittagsbetreuung ist während der Kindergartenzeit für viele Eltern zur (notwendigen) Selbstverständlichkeit geworden – sowohl die Eltern als auch in zunehmendem Maße die Wirtschaft erfahren den Wegfall dieser Angebote als existenzbedrohend. Die Hortangebote der Städte und Gemeinden können den steigenden Bedarf schon lange nicht mehr befriedigen.

Bildungspolitische Gründe:

Nach wie vor steht die Verbesserung der Förderung fachlicher und überfachlicher Kompetenzen aller Schülerinnen und Schüler auf der bildungspolitischen Agenda, ebenso wie der Ausgleich spezifischer Benachteiligungen von Kindern aus sozial und ökonomisch weniger privilegierten Elternhäusern und die Förderung von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund, aktuell auch die Förderung der Flüchtlingskinder.

Dafür muss mehr Zeit in der Institution Schule eingeräumt werden.

Pädagogische Gründe:

Der enge zeitliche und strukturelle Rahmen der Halbtagschule muss erweitert werden, um ein zeitgemäßes Lern- und Bildungsverständnis in der modernen Wissensgesellschaft realisieren zu können.

Im Mittelpunkt steht die Entwicklung einer differenzierten und variablen Lernkultur, die Verbesserung der Möglichkeiten für fachliches und überfachliches Lernen, für individualisiertes und entdeckendes Lernen, inner- und außerschulische Kooperation, soziales Lernen und das Zusammenwirken unterschiedliche Professionen im Bildungs- und Erziehungsprozess.

Schwierigkeiten bei der Umsetzung der bisherigen Ganztagsschulmodelle

In der bildungspolitischen Debatte unstrittig ist, dass die oben skizzierten Vorteile einer Ganztagsschule nur dann umfassend zur Entfaltung kommen, wenn **alle** Kinder bis in den Nachmittag hinein in der Schule verweilen.

Durch diese veränderte Zeitstruktur, Arbeit und Freizeit verteilen sich über den Tag, verändert sich das schulische Lernen insgesamt. Der notwendige Wechsel von Anspannung und Entspannung, von Lernen und Freizeit, von Phasen gemeinsamen und solchen individuellen Lernens wird möglich, kurz ein „rhythmisierte Unterricht“.

Die Verantwortung der Schule für den Bildungs- und Erziehungsprozess ist unbestritten. Der im Schulgesetz verankerte Auftrag, sowohl zu unterrichten als auch zu beraten, betreuen und zu erziehen kann zeitgemäß nur realisiert werden in Zusammenarbeit multiprofessioneller Teams (Lehrkräfte, Sozialpädagogische Fachkräfte, uvm.) in enger Kooperation mit den Eltern.

Der notwendige Rahmen hierfür ist eine verpflichtende Ganztagsschule für alle, in der Hausaufgaben weitgehend entfallen und durch individuelle Lernzeiten während der Schulzeit ersetzt werden, bei denen die unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder stärker Berücksichtigung finden und entsprechend der Fördergedanke im Vordergrund steht.

Ganztagsschulen im Profil 1 und 2, aber auch das neue Konzept „Grundschule im Pakt für den Nachmittag“, können diese Erwartungen nicht erfüllen.

Durch die Freiwilligkeit der Nachmittagsteilnahme kann die Schule die Abläufe des traditionellen Unterrichtsvormittags nur unzureichend verändern. Wenn die „Vormittagskinder“ gehen, das ist in der 1. und 2. Klasse in der Regel ab 11.30 Uhr, muss das schulgesetzlich vorgeschriebene Programm erledigt sein, d.h. es bleibt keine Zeit für eine neue Lernkultur.

Nur die Ganztagsgrundschule im Profil 3 erfüllt die notwendigen Voraussetzungen.

Nach unseren Beobachtungen ist aber hessenweit in der großen Mehrheit der Schulgemeinden eine deutliche Zurückhaltung gegenüber diesem Konzept zu erkennen.

Profil 3 schreibt eine verbindliche Anwesenheit aller Grundschülerinnen und Grundschüler bis 16.00 bzw. 17.00 Uhr vor. Dieser Zeitrahmen ist offensichtlich für viele Lehrkräfte, vor allem aber für viele Eltern, insbesondere diejenigen, die nicht auf eine Nachmittagsbetreuung angewiesen sind, zu weit gesteckt.

Da die erfolgreiche Realisierung einer rhythmisierte Ganztagsgrundschule die Akzeptanz aller Beteiligten voraussetzt, möchten wir den bisherigen Modellen ein neues an die Seite stellen, von dem wir überzeugt sind, dass es an vielen Schulen konsensfähig ist.

Das Modell wird seit Schuljahr 2013/14 an der Schlossschule in Weiterstadt realisiert und erfuhr bei seiner Vorstellung auf Fachtagungen sowohl seitens der Lehrkräfte und Schulleitungen, vor allem aber auch der Elternschaft, große Zustimmung.

2. Wie es geht

Der zurzeit gültige Erlass stammt vom 1. November 2011 und muss schon allein aus verwaltungsrechtlichen Gründen überarbeitet werden.

Die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in diesem Zeitraum machen eine andere Sicht der Dinge notwendig – die entsprechenden sozial- und wirtschaftspolitischen, bildungspolitischen und pädagogischen Begründungen werden in dem vorhergehenden Beitrag geleistet. Nicht zuletzt kann eine verpflichtende Grundschule für alle einen wichtigen Beitrag zur Integration und Inklusion für die von Migration betroffenen Kindern leisten.

Hier sollen die Grundlagen eines von Kultusministerium, Schulträgern und Kommunen gestalteten Kooperationsmodells für die **Grundschule** mit den Jahrgängen 1 bis 4 dargestellt werden, das auf mehrjährigen Erfahrungen in der Bildungslandschaft Weiterstadt basiert.

Für ein spezifisches Grundschulmodell gibt es eine Reihe von guten Gründen, wobei eine Übertragung auf die Jahrgänge 5 und 6 der weiterführenden Schulen durchaus mit diesem Konzept vereinbar ist.

Die Unterrichtsverpflichtung in den Jahrgängen 1-4 ist deutlich geringer als in der Sekundarstufe, die Eltern bringen aus dem Kindergartenbetrieb Erfahrungen mit längeren Öffnungszeiten mit und die Kinder sind in einem anderen Entwicklungsstadium.

Eckpunkte für ein Grundschulmodell

- Verpflichtende Öffnungszeit von 7 Stunden an vier bis fünf Tagen, die nach regionalen Bedarfen organisiert wird (z.B. von 7.30 – 14.30)
- Rhythmisiertes Konzept mit einem Wechsel von Spannung und Entspannung, mit gemeinsamem und individuellem Lernen
- Gemeinsame Mittagspause sowie die Fortsetzung nach der Pause in einer für alle Schülerinnen und Schüler verbindlichen Struktur.

Dimensionen dieser Organisationsform

- Integrierte Lernkonzepte in rhythmisierter Form, d.h. eine Verzahnung von Unterricht, Bildung, Betreuung, wobei durch die Einbindung von Lernzeiten auf die klassischen Hausaufgaben verzichtet wird
- Multiprofessionelle Teams, d.h. Lehrkräfte, sozialpädagogische Fachkräfte und Honorarkräfte arbeiten mit einer gemeinsamen am Kind orientierten Zielsetzung
- Betreuungsangebot im Anschluss bis 17.00, das bei möglichst hoher personeller Kontinuität kostenpflichtig am selben Standort stattfindet und ein Ferienangebot einschließt. Kostenträger sind hier Eltern, Kommunen und evtl. Schulträger, die konkrete Aufteilung geschieht vor Ort.
- Kooperation der unterschiedlichen Bereiche mit gemeinsam verantworteten Steuerungsstrukturen: Schule, Staatliches Schulamt, Kultusministerium, Schulträger, Kommune, Freie und öffentliche Jugendhilfeträger

Finanzierung

Geht man von den im Schulgesetz festgeschriebenen verbindlichen Grundschulzeit aus, so ergibt sich rechnerisch ein Zuschlag von etwa 55% auf die Grundversorgung, um eine Anwesenheit aller Kinder an 7 Zeitstunden zu garantieren. Durchaus unter Beachtung von pädagogischen Qualitätsstandards lässt sich dieser Ansatz zum einen durch Umwandlung von Lehrerstunden in Honorarstunden und zum andern durch die Beibehaltung der Klasse als Organisationseinheit auf knapp unter 50% senken.

Die Konstruktion des Pakts für den Nachmittag, bei dem für die zusätzliche Zuweisung an Lehrerstunden mit einer Anwesenheitsquote von etwa der Hälfte der Schüler und Schülerinnen gerechnet wird, führt bei der zurzeit praktizierten Zuweisungsquote an Lehrerstellen ebenfalls auf dieselbe Größenordnung, weil in dem hier vorgelegten Modell eben alle teilnehmen.

Auch die Praxiserfahrungen in der Bildungslandschaft Weiterstadt zeigen dasselbe Ergebnis.

Übergangsphasen

Als Übergang sind „Ganztagsklassen“ denkbar und parallel dazu existierenden Klassen mit einer freiwilligen Betreuung, die dann auch den Zeitraum von 7 Stunden täglich abdeckt.

Ebenfalls denkbar sind Kooperationsmodelle, bei denen Kommunen und/oder Schulträger noch bestehende Finanzierungslücken abdecken.

Hierbei sind die Qualitätsmerkmale zu definieren sowie eine Mindestanzahl von Lehrerstunden, die aus dem „Ganztagszuschlag“ finanziert werden.

Eine in der Bildungslandschaft verankerte gemeinsame Verantwortung wird als Gelingensbedingung angesehen.

3.1 Evaluation Schloss-Schule Gräfenhausen 22.7.2014: Elternfragebogen

Insgesamt wurden 132 größtenteils vollständig ausgefüllte Fragebögen zurückgegeben;

bei ca. 200 Kindern ist das eine sehr gute Quote, zumal einige- jedoch nicht alle - Eltern für Geschwisterkinder nur einen Fragebogen benutzt haben.

(Deshalb gibt es auch bei Frage 8 korrekterweise sogar 133 Antworten).

In der ausführlichen Tabelle sind alle Antworten aufgeführt; wenn ein Kreuz vergessen wurde oder es absichtlich nicht gesetzt wurde gilt dies als „neutral“ bzw. als „keine Antwort“, da eine nachträgliche Einordnung hierzu nicht möglich ist.

Bei den Grafiken und hier benutzten Prozentangaben wurden nur die eindeutigen Abstimmungen berücksichtigt, der Grundwert ist dann eben nicht immer 132, ebenfalls kann wegen Rundungen die Summe der Einzelprozentwerte nicht exakt 100% ergeben.

Bei den Antworten zu **Frage 1** (Seit wann besucht Ihr Kind die Schloss-Schule?) fällt auf, ist, dass die Rücklaufquote in der 2. Klasse geringer ist als die der anderen Klassen.

In **Frage 2** wurde suggeriert, dass einem die **Schloss-Schule gefällt** und man konnte sich dazu m.H. einer Skala positionieren. Hierbei gibt es die zustimmenden Antworten (trifft voll zu, trifft weitgehend zu und die negativen trifft teilweise zu bzw. trifft nicht zu.

Es überwiegen eindeutig die positiven Antworten:

1. Beim Grund „weil mein Kind zufrieden nach Hause kommt“ mit ca. 85%.
2. Die Aussage weil, „die Übungsaufgaben in der Schule und nicht zu Hause erledigt werden (keine Hausaufgaben) „ finden 66% positiv – allerdings ist hier die Ablehnung mit 34% beachtenswert.
3. Den Schultag mit langer Mittagspause und nachfolgenden Nachmittagsunterricht halten 78% für ein gutes Modell.
4. Das Angebot des Mittagessens begrüßen 79%.
5. Stolz kann die Schule sein, dass 89% das engagierte und nette Personal wertschätzen.
6. Für 79% ist es wichtig, dass sie arbeiten gehen können und ihr Kind gut versorgt ist.

In **Frage 3** ging es um **Argumente für eine längere gemeinsame Schulzeit** - hier musste man sich entscheiden, ob das Argument zutrifft oder ob es nicht zutrifft.

1. 88% der Kinder kommen zufrieden aus der Schule – welch ein tolles Ergebnis
2. 60% brauchen die Öffnungszeiten auch wegen der Betreuung – aber auch 40% brauchen sie nicht
3. Ebenfalls 88% finden, dass ihr Kind gute Leistungen zeigt - Glückwunsch
4. 24% benötigen eine Betreuung bis 17.00 - 76% nicht; diese Zahl korrespondiert mit einem Hortbedarf bis 17.00 für 25% der 200 Kinder, d.h. für 50 Plätze
5. Immerhin 28% müssten ihren Arbeitsplatz ohne die Schulzeit bis 14.30 aufgeben
6. Für 37% könnte die Schule vor dem Mittagessen enden – für 63% jedoch nicht.

Das Mittagessen war der Kern der **Frage 4**

67% der Kinder geben zuhause positive Rückmeldungen; 79% der Eltern finden das warme Essen als ein gutes Angebot und auch die Portionsgröße erhält 72% positive Zustimmung.

Die Essensqualität beurteilen 35% mit sehr gut/gut , 38% mit befriedigend, je 13% mit ausreichend bzw. mangelhaft/ungenügend.

Die Qualität der Lunchbox kann – offenbar mangels Erfahrung - nur von 48 Eltern beantwortet werden – 54% sehr gut/gut, 17% befriedigend, 19% ausreichend, 10% mangelhaft/ungenügend.

Frage 5 behandelt die **Kommunikation Schule – Elternhaus**

Auffällig sind hier sowohl die breite Streuung der Antworten als auch die kritischen Töne:

Ich bekomme genug Informationen über die aktuellen Themen und Aufgaben in der Schule:

Das trifft voll zu für 17%, weitgehend zu für 41%, teilweise zu für 27% und trifft nicht zu für 15%.

Ich fühle mich gut über die Situation meines Kindes informiert: Das trifft voll zu für 20%, weitgehend zu für 37%, teilweise zu für 30% und trifft nicht zu für 13%.

Mit der **Frage 6** wurde versucht, Informationen über die Rolle von **Schule zuhause** zu bekommen.

Auch hier ist wieder eine breite Streuung festzustellen.

1. Für die tägliche Arbeit der Kinder zuhause gilt: Mit 10- 20 Minuten kommen 43% aus, 26% brauchen 30 Minuten und 31% zwischen 40 und 60 Minuten
2. Für das Wochenende gilt: Mit 10- 20 Minuten kommen 34% aus, 29% brauchen 25-30 Minuten und 25% zwischen 40 und 60 Minuten und 11% sogar über 90 Minuten
3. Die Eltern werden täglich von Montag- Freitag wie folgt eingespannt: Mit 10- 20 Minuten kommen 68 % aus, 27 % brauchen 25-30 Minuten und nur 5% über 30 Minuten
4. Für das Wochenende und die Eltern gilt: 41% brauchen unter 20 Minuten, 26% brauchen 25-30 Minuten und 22% zwischen 45 und 60 Minuten und 10% sogar über 90 Minuten
5. Für 85% der Eltern ist die gesamte zeitliche Belastung in Ordnung, 3% finden das zu wenig, 11% zu viel.

Frage 7 beschäftigt sich mit **dem Informationsfluss über das Ganztagsmodell:**

Hier waren 65% auf der Informationsveranstaltung im März 2013; 59% wünschen sich eine vergleichbare erneute Veranstaltung.

Ausreichend informiert fühlen sich 70 % und immerhin 11 Eltern/ Elternpaare würden gerne in einem kleinen Kreis intensiv weiter diskutieren (und haben auch ihre Kontaktdaten hinterlegt).

Um die **emotionale Nähe** zur Schule ging es in Frage 8: Hier finden sich 52% sehr nah/nah, 41% bezeichnen sich als neutral und nur 7% empfinden wenig bzw. keine Nähe. In den Fragen 8 und 9 wurde zusätzlich um Kommentare gebeten, was auch reichlich genutzt wurde.

Kurzes Fazit: Es überwiegen und erfreuen die positiven Rückmeldungen.

Diskussionsbedarf wird gesehen bei der breiten Streuung der Antworten auf die Rolle der Arbeit zuhause (Frage 6) und bei Frage 5: Elterninformationen - hierzu gibt es auch viele Kommentare.

3.2 Evaluation 2015: Gespräche mit Jahrgangsteams der Schloss-Schule Gräfenhausen

Die Gespräche wurden mit Dieter Assel und Walter Schnitzspan im Zeitraum vom 2.6. – 17.6. 2015 jeweils in einem Umfang von 60 Minuten durchgeführt. Verantwortlich für die Zusammenfassung ist das Kommunale Kompetenzzentrum für Bildungsinnovation (KoBi) des Bildungsbeirats Weiterstadt, vertreten durch die o.g. Personen; sie kann in der u.a. Kurzfassung als Vorlage für eine gemeinsame Auswertung dienen.

Nach der im Jahr 2014 durchgeführten Fragebogenaktion, die sich an die Eltern richtete, stand 2015 eine Auswertung mit den hauptamtlich tätigen Pädagogen auf der Agenda.

Grundsätzliche Einschätzungen:

Drei zentrale Themen bestimmen die Diskussion:

- 1) Strukturelle Organisation des Ganztagskonzeptes
- 2) Konzeptionelle Unklarheiten im Hinblick auf das pädagogische Ziel –
- 3) Kommunikation nach innen und Außen

1 Strukturfragen

Zitat:“Wir haben die Kinder länger in der Schule aber weniger Zeit mit ihnen zu arbeiten als vorher“

- Arbeits- und Zeitorganisation im Ganztag
- Mittagsband
- Individuelle Zeitplanung versus strukturelle Notwendigkeiten
- Wer macht und verantwortet zeitliche Vorgaben?
(Leitung oder individuelle Entscheidungen?)
- Zeiten für Unterricht-Aufsicht-Vorbereitung-Administrative Arbeiten – Gibt es eine einheitliche Regelung, ist eine solche anzustreben?
- Doppelbesetzung in Igel-Stunden

Empfehlung:

Verbesserung der (Zeit)Strukturen um konzeptionelle Ziele der Ganztagschule wie individuelle Förderung, Rhythmisierung, Chancengerechtigkeit durch adäquate Organisation zu fördern

2 Konzeptionelles

- Klärung des Verhältnisses von Unterricht und individueller Förderung (keine Zeit für individuelle Förderung, weil wir mit „Stoff“ durchkommen müssen)
- Funktion der IGEL-Zeiten/Lerntagebücher klären
- Gemeinsame konzeptionelle Grundlage muss geschaffen werden, sie fehlt noch (Wie Kindern gerecht werden? Unterschiedliche Haltungen zum Kind/ Rolle der Hausaufgaben/Lerntagebücher, eigene Rolle als Pädagoge/Pädagogin reflektieren, eigene Ansprüche klären)
- Rhythmisierung als pädagogisches Konzept diskutieren
- Inklusion als Herausforderung im Ganztagskonzept

Empfehlung :

Wie lernen Kinder und was ist unsere Rolle als Pädagoge ?

Förderung der Auseinandersetzung mit Lernkonzepten jenseits des curricularen, unterrichtsbezogenen Lernens, um das pädagogische Profil im Ganzttag zu schärfen und pädagogische Qualitätsentwicklung zu fördern

3 Kommunikation/Steuerung

3.1 Interne Kommunikation

- Überprüfung bestehender Regelungen auf ihre Funktionalität
- Mehr Transparenz bei Entscheidungen
- Wie können gemeinsame Vereinbarungen auf ihre Einhaltung hin eingefordert werden?
- In welchen schulischen Gremien werden welche Entscheidungen besprochen und wer entscheidet abschließend?
- Wie sind externe Kräfte in Entscheidungen eingebunden (sozialpädagogische Fachkräfte, Hauswirtschaftspersonal, ehrenamtliche Helfer mit Angeboten u.a.)
- Wie können Zeiten für Kooperationsgespräche geschaffen werden ?

3.2 Externe Kommunikation/Steuerung

- Wie können wir eine gemeinsame Kommunikation nach außen, insbesondere zu Eltern hin, gewährleisten, um die Unterstützung für das Ganztagskonzept zu sichern. (z.B. zum Wegfall der Hausaufgaben, zum Umgang mit Lerntagebüchern usw.)
- Wie können wachsende Anforderungen an die Kommunikation, die aus der Rolle als Pilotschule entstehen, künftig besser erledigt werden. Welche Zeitressourcen brauchen wir dazu?

Empfehlung:

Durch Kommunikation, Beteiligung und transparente Entscheidungen die Unterstützung aller Beteiligten sichern und eine gemeinsame konzeptionelle Orientierung im Ganzttag fördern.